

GEFLÜCHTET UNERWÜNSCHT ABGESCHOBEN

»LÄSTIGE AUSLÄNDER«
IN DER WEIMARER REPUBLIK

Materialmappe

Szenische Lesung für Schulen ab 9. Klasse

theaterwerkstatt
heidelberg

EIN PROJEKT DER PROFESSUR FÜR ANGEWANDTE GESCHICHTSWISSENSCHAFT – PUBLIC HISTORY DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG
SZENISCHE LESUNG MIT DER THEATERWERKSTATT HEIDELBERG



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 4
Hinweise zum Gebrauch der Materialmappe	Seite 6
Projektvorstellung	Seite 7
Textauswahl zum Thema Antisemitismus	Seite 10
Das Ensemble der Theaterwerkstatt stellt sich vor.....	Seite 11
Übungen zur Vorbereitung	Seite 14
Sortierübung	Seite 14
Spielpraktische Übung	Seite 15
Einbürgerungstest	Seite 16
Fragestellung zur Nachbereitung	Seite 23
Zeitleiste Weimarer Republik	Seite 24
Literaturtipps	Seite 27

Liebe Lehrende,

Sie halten mit diesem Heft eine Materialmappe zum Projekt **Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben – „Lästige Ausländer“ in der Weimarer Republik** in der Hand. Es freut uns sehr, dass Sie sich für diese szenische Lesung, einem Kooperationsprojekt der Theaterwerkstatt Heidelberg mit der Universität Heidelberg, interessieren.

Rund 10 Millionen Menschen waren nach dem Ersten Weltkrieg in Europa auf der Flucht. Unter ihnen „Ostjuden“, die vor Pogromen in ihren osteuropäischen Heimatländern nach Westen flohen – Sehnsuchtsziel USA. Doch die USA schlossen ihre Grenzen. Die Fluchtroute über die deutschen Auswandererhäfen Hamburg und Bremen wurde zur Endstation für viele Geflüchtete. Tausende dieser Gestrandeten suchten ihr Glück auch in Baden.

Hätten SIE gedacht, dass ein Ausländer, der dem Staat „lästig“ war, ohne Angabe von Gründen ausgewiesen werden konnte?

Sie kamen an in einem Land, das vom Krieg gezeichnet und durch die „Kriegsschuldfrage“ politisch zerrissen war. Das für die eigene Bevölkerung kaum genug zu Essen, Wohnungen und Arbeitsplätze hatte. Das nach „Schuldigen“ suchte und sie vielfach in der jüdischen Bevölkerung zu finden glaubte.

Können SIE sich vorstellen, dass es schon Anfang der 1920er Jahre u.a. in Berlin und München zahlreiche Verletzte bei Ausschreitungen gegen Juden gegeben hat?

Die neu ankommenden jüdischen Geflüchteten waren vielen unerwünscht. Das Reden über „Überfremdung“, „Schließung der Grenzen“, „Überschwemmung mit Ostjuden“ und „Menschenschmuggel“ war weit verbreitet. Als „unerwünscht“ wurden viele „fremdstämmige Ostausländer“ schnell wieder zurückgeschickt. Die Ausweisung war ein Verwaltungsakt, gegen den es keinen Rechtsweg gab.

Wussten SIE, dass das erste Konzentrationslager auf deutschem Boden 1921 für abzuschiebende Geflüchtete eingerichtet wurde?

Die szenische Lesung lädt ein zum Nachdenken über Flucht, Vertreibung und Ankommen, über den Umgang mit dem Fremden, über Ängste und Ressentiments, über Chancen und Grenzen. Die Lesung ist keine Geschichtsstunde, sondern ein Kaleidoskop individueller Schicksale und Meinungen. Sie gewährt Einblick in ein fast unbekanntes Kapitel unserer Geschichte, das heute aktueller ist denn je.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Materialmappe gute Anregungen zum Gespräch und Austausch mit Ihren SchülerInnen gibt und freuen uns darauf, Sie bei uns in der Theaterwerkstatt Heidelberg begrüßen zu dürfen und/oder dass Sie einen 90-minütigen vorbereitenden Workshop mit einem unserer Schauspieler direkt in Ihrer Schule wahrnehmen möchten.

Wir freuen uns, Ihnen die ersten zehn theaterpädagogischen Workshops in den Schulen kostenfrei anbieten zu können. Für die weiteren Workshops berechnen wir eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 140,- Euro zuzüglich Fahrtkosten pro Einheit.

Ihr

André Uelner und Wolfgang G. Schmidt

Kontakt:

- info@theaterwerkstatt-heidelberg.de •
- Telefon 06221-7259556 und 181482 •

Hinweise zum Gebrauch der Materialmappe

Wie nutze ich das theaterpädagogische Begleitmaterial? Die vorliegende Mappe dient Ihnen als Leitfaden für die Vor- und Nachbereitung des Vorstellungsbesuches mit Ihrer Schulklasse.

Gerne führen wir auf Anfrage auch einen Workshop zum Thema direkt in Ihrer Schule durch.

Die szenische Lesung ist für Jugendliche ab der 9. Klasse geeignet. Die Übungen in dieser Materialmappe sind ebenfalls für Schüler ab diesem Alter sowie nach dem Grundaufbau eines Theaterworkshops konzipiert. Das Herzstück der Mappe bildet die theaterpädagogische Vorbereitung. Diese besteht aus zwei Übungen sowie zwei Fallbeispielen, welche die Reflexion über das Thema anregen sollen. Beide Fallbeispiele behandeln persönliche Fälle wie sie in den 20er Jahren tatsächlich geschehen und uns anhand verschiedener Akten überliefert

wurden. Die Übungen und Spiele sind auf das Thema „Vorurteile und Klischees in unserer multikulturellen Gesellschaft“ abgestimmt und sollen bei den Schülern anhand des eigenen Erlebens die Wahrnehmung bezüglich Ausgrenzung schärfen. Bitte verändern Sie nicht die Reihenfolge der Übungen, da diese aufeinander aufbauen. Planen Sie für die theaterpädagogische Vorbereitung etwa 45 Minuten ein. Gerne können Sie in Folge der Nachbereitung noch in eine inhaltliche Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern einsteigen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Schülern viel Vergnügen bei der Vor- und Nachbereitung zu **Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben – „Lästige Ausländer“ in der Weimarer Republik** und freuen uns, Sie bei der Aufführung zu sehen!

Projektvorstellung

Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben – „Lästige Ausländer“ in der Weimarer Republik

Das Projekt ist angesiedelt an der Professur von Cord Arendes für Angewandte Geschichtswissenschaft – Public History der Universität Heidelberg. Unter Leitung von Nils Steffen haben Geschichtsstudierende im Sommersemester 2016 in Archiven und der Presse recherchiert, Quellen ausgewählt, transkribiert und mit der Theaterwerkstatt Heidelberg inszeniert. Ihre Forschungsergebnisse veröffentlichen sie in einem Begleitband zur szenischen Lesung. Die Dramaturgin Babette Steinkrüger hat die Arbeit der Studierenden begleitet und aus den Forschungsergebnissen eine szenische Lesung destilliert. Das Projekt greift die Idee der Bremer Reihe „Aus den Akten auf die Bühne“ auf und vermittelt erstmals studentische Forschung zur Badischen Geschichte mit den Mitteln des Theaters.

DAS THEMA

Wer war „nützlich“ und durfte bleiben, wer war „lästig“ und musste gehen? Diese Zuschreibungen entschieden in der Weimarer Republik über Schicksale vieler AusländerInnen. Die zeitgenössischen Debatten waren nicht geprägt von Begriffen wie Flüchtlingskrise, Wirtschaftsflüchtlinge und Transitzone,



Postkarte (um 1915): Lager von Juden, Kilophot Wien



Postkarte (um 1915): Halbmondlager Wünsdorf bei Berlin Fotograf: Robert Arnaud Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Sigmaringen, N 1/78 T 1 Nr. 796

vielmehr bestimmten die „Flüchtlingsplage“, die Figur des „lästigen Ausländers“ und die Einrichtung von „Konzentrationslagern“ den öffentlichen Diskurs in der ersten deutschen Demokratie. Debatten und Abschiebep Praxis waren Folge der territorialen Neuordnungen nach dem Ersten Weltkrieg, die rund 10 Millionen Menschen in Europa in Bewegung setzten: Flüchtlinge, Vertriebene, Umsiedler. Das Deutsche Reich verzeichnete in den ersten Nachkriegsjahren vor allem einen massiven Zuzug sogenannter „Ostjuden“, also jüdischen Proletariern aus polnischen und russischen Gebieten, die sich in Großstädten wie Berlin oder Ludwigshafen niederließen.

„Grund der Ausweisung: Lästiger Ausländer“ hieß es auf zahlreichen Ausweisungsbescheiden, die in den 1920er Jahren zugestellt wurden. Ohne Angabe von weiteren Gründen konnten die Betroffenen von den Behörden ausgewiesen werden. Rechtsmittel dagegen gab es keine; sie konnten einzig ein Gnadengesuch an die jeweilige Landesregierung richten. Die Landesausweisung konnte für die Betroffenen eine Internierung in (einer frühen Form von) Konzentrationslagern oder polizeiliche Inhaftierung bis zur Abschiebung bedeuten.

„Lästige Ausländer“ hatten keine Lobby. Ihr Leben in Deutschland, ihr Kommen und Gehen hinterließ in vielen Fällen nur wenige Spuren, die heute aber noch nachweisbar sind. Eine Spurensuche zu Ausgewiesenen und Abgeschobenen bedeutet daher zunächst eine Suche nach zeitgenössischen Stimmen *über* diese Menschen, beispielsweise in der Presse und in Parlamentsdebatten, aber auch in Verwaltungsvorschriften von Polizeibehörden. Um die individuellen Schicksale hinter dem politischen Instrument der Ausweisung sichtbar zu machen, braucht es jedoch die Stimmen der Ausgewiesenen selbst. Sie sind nur spärlich überliefert, z.B. in Gnadengesuchen an Landesregierungen. Diese enthalten z.T. autobiografische Skizzen, Gründe für ein Bleiben, Fürsprachen Dritter und die jeweiligen Reaktionen der Behörden darauf. Es gilt, diese biografischen Schicksale zu rekonstruieren.

Die szenische Lesung ermöglicht den ZuschauerInnen durch einen historischen Vergleich eigene Erfahrungen an dem inszenierten Quellen zu spiegeln: Individuelle



Reichstag Juni 1928, Bundesarchiv Bild: 102.06066

Migrationsbiografien, Gnadengesuche, Fürsprachen, Presseartikel und Parlamentsdebatten aus der Zeit von vor rund hundert Jahren bieten zahlreiche Parallelen, um aktuelle Debatten, gesellschaftliche Stereotype und Ängste der Gegenwart kritisch zu hinterfragen. Durch die Inszenierung wird die historische Distanz zu den Quellen minimiert und in die Gegenwart transferiert.

Antisemitismus in den frühen 20er Jahren

„Ein großer Teil der zumeist mittellosen Juden verfällt in kurzer Zeit dem Verbrechertum. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine weitere Zuwanderung von Ostjuden zu verhindern?“

Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei im Preußischen Landtag vom 18. September 1919

„Die Schuld an dieser Überfremdung trägt in allererster Reihe wieder die Regierung, die alle diese Dinge geschehen läßt [...] ohne auch nur den Finger zu rühren, und der man den schweren Vorwurf machen muß, daß sie es nicht einmal versteht, das Deutschtum innerhalb seiner Grenzen zu schützen.“

Der Tag, Sonderausgabe des Berliner Lokalanzeigers aus dem Dezember 1920

„Die Austreibung der Ostjuden, welche namenloses Elend zur Folge hätte, würde alle Welt als ein neuer Beweis ‚deutscher Barbarei‘ erscheinen und einen Anlaß bieten, im Rahmen der Menschlichkeit den Wiederaufbau Deutschlands zu erschweren. Die Gesundung Deutschlands kann wahrlich nicht durch Anwendung von Gewalt gegen einen kleinen, wehrlosen Bruchteil der Bevölkerung herbeigeführt werden.“

Albert Einstein im Berliner Tageblatt vom 30. Dezember 1919

Deutsche Frauen! Deutsche Männer!

Das Weihnachtsfest naht! Ein echt deutsches, ein christliches Fest! In allen Häusern, ob arm oder reich, kehrt auf kurze Zeit die Freude ein, um die Sorgen vergessen zu machen. Heute, in diesem Jahre ist es nicht möglich; unsere Gedanken und Erinnerungen sind noch zu mächtig bewegt, um sich ungeteilt der Freude hinzugeben. Tiefe Trauer im Herzen, kann die Freude sich nicht geltend machen. Unser Sinn gilt dem Gedanken, wie konnte das geschehen, wer ist an dem namenlosen Unglück unseres Vaterlandes schuld. Oh, wir wissen es! Die, die allem deutschen Wesen abhold sind, die nur von dem einen Streben erfüllt sind, überall ihre Herrschaft aufzurichten, das christliche, arbeitsame Volk zu unterjochen, damit es für sie frohndet! Die Juden, die kein Vaterland haben, kennen auch keine Vaterlandsliebe. Mitten unter fremden Völkern, haben sie nur das eine Ziel, ohne Arbeit und Mühen reich zu werden und ein wohlüstiges Leben zu führen. Der Proletar der Städte, der Landmann, insonderheit aber der Mittelstand, der mittlere und kleinere Gewerbetreibende, Beamte und Handwerksmeister, sie alle darben mehr oder weniger und ächzen unter dem Sklavenjoch des Judentums. Seht hin alle, die ihr arbeitet, wer erntet die Früchte eurer Arbeit? Wo bleibt der Segen eures Mühen's, da ihr doch nur notdürftig eure Blößen decken könnt und eure Frauen und Kinder nur das Allerunentbehrlichste besitzen um sich warm zu kleiden.

Wie anders der Jude! Erinnert Euch der Gestalten und Bilder, die Euch zum Hohn, im Sommer der Strassen Baden-Badens bevölkerten. Ihr anmassendes Betragen und ihr Aeußeres bekundeten, dass es keine Deutschen waren.

Arbeitet der Jude? Wo und wie? Und doch schaut hin, wie wohlgenährt, trägt er nicht die schönsten und besten Sachen? Woher stammen sie, wer hat sie erzeugt? **Von Euch, die ihr mühselig um's tägliche Brot kämpft und es sind die Früchte eures Fleisses.** Wie lange wollt ihr noch das dulden? **Hinaus mit den Juden,** die mit ihrer niedrigen Moral unser ganzes Volkleben vergiften. Schliesst Euch zusammen, ihr deutschen Volksgenossen, und es wird bald anders werden. Vor allem denkt daran, dass ihr zu diesem Feste **eure Einkäufe nicht bei Juden macht.** Der Gedanke an die Entstehung des lieben Christfestes sollte es Euch zur heiligsten Pflicht machen, bei keinem Juden zu kaufen, jeden Juden zu meiden. Es sind noch dieselben, **die damals die Wahrheit und die Liebe an's Kreuz schlugen.** Es heisst das Weihnachtsfest schänden, die Gaben der Liebe bei einem Juden zu kaufen. Es ist ein einfaches aber heiliges Gebot der Selbsthilfe, nur bei Volksgenossen zu kaufen, zuerst an diese zu denken. Reift erst die Erkenntnis bei Euch heran, dass das Judentum der Fluch unseres Volkes ist, dann dämmert die Morgenröte einer besseren Zeit und dann feiert auch unser liebes Vaterland wieder ein frohes Weihnachten, **denn dann ist Deutschland der Heiland aufs neue geboren.**

Baden-Baden, Weihnachten nach dem Schmachfrieden.

Flugblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Baden-Baden 1919

Das Ensemble der Theaterwerkstatt Heidelberg stellt sich vor



Christoph Kaiser

ist seit 2004 Schauspieler für Bühne und Film. Neben TV-Auftritten „Tatort“ u.a. besetzte er diverse Hauptrollen im Repertoire der Theaterwerkstatt Heidelberg. Zusätzlich ist er an Theaterprojekten in Museen beteiligt und kombiniert in diversen Regieprojekten Bühne und Film. An der Theater-akademie Mannheim absolvierte er eine zusätzliche Regieausbildung.

Jeanette Rosen

ist seit 1995 als Schauspielerin und Synchronsprecherin tätig. Sie hat in mehreren TV-Filmen und Serien mitgewirkt. Darüber hinaus arbeitet sie als Autorin für das Fernsehen u.a. in „Ein Fall für zwei“. Als Künstlerin und Theaterpädagogin leitet sie zahlreiche Projekte mit dem Schwerpunkt politisches Kabarett.





Sebastian Schwarz

ist seit 2011 Schauspieler und arbeitete mehrere Jahre am Theater in Brisbane (Australien) und als Tanzlehrer in der Company Dancefever. Seit 2015 ist Sebastian Schwarz an der Theaterwerkstatt Heidelberg als Schauspieler und Theaterpädagoge tätig.

André Uelner

Engagements als Sänger und Schauspieler am Staatstheater Wiesbaden, den internationalen Maifestspielen Wiesbaden, Pfalztheater Kaiserslautern, Schlossfestspiele Heidelberg. Seit 2010 vermehrt musiktheaterpädagogische Projekte jeder Größenordnung für Theater und Kommunen. Als Leiter der Education Abteilung am Festspielhaus Baden-Baden war er für musiktheaterpädagogische Vermittlungsprojekte u.a. mit Mitgliedern der Berliner Philharmoniker verantwortlich. An der Theaterwerkstatt Heidelberg arbeitet er als Musiktheaterpädagoge und Schauspieler.



Dr. Babette Steinkrüger Dramaturgin/Autorin/Literaturwissenschaftlerin

ist seit 1996 an der Theaterwerkstatt Heidelberg tätig. Neben Textbearbeitungen für die Bühne und zahlreichen Projekten im öffentlichen Raum, übersetzte und dramatisierte sie Texte u.a. von Charles Dickens, die von 2000 bis 2011 in Heidelberg teilweise uraufgeführt wurden. Als Leiterin der Autorenwerkstatt führt sie seit 20 Jahren Auftragsarbeiten für Kommunen, Museen und die Wirtschaft durch.

Wolfgang G. Schmidt Theaterleiter/Regisseur/Schauspielpädagoge

gründete 1992 die Theaterwerkstatt Heidelberg. Seit 1986 inszeniert und trainiert er Theatergruppen weltweit und ist seit 1992 als Schauspielmethodiker über die Grenzen Deutschlands gefragt. Als Regisseur zeichnet ihn seine Vielfältigkeit an Stilmitteln aus, mit denen er in besonderen Theaterprojekten eine Kombination von klassischen und postdramatischen Ansätzen verfolgt. Sein Haupttätigkeitsfeld heute ist die Ausbildung von Theaterpädagogen an der Theaterwerkstatt Heidelberg.

Die Theaterwerkstatt Heidelberg

ist seit Anfang der 90er Jahre ein freies Ensemble theaterschaffender Künstler. Unter der Leitung von Wolfgang G. Schmidt wendet das Künstlerteam, das aus Autoren, Regisseuren, Schauspielern, Choreografen, Tänzern u.a. besteht, die gesamte Bandbreite des „Angewandten Theaters“ an. Als Wegbereiter des performativen und dokumentarischen Theaters macht sie es sich zur Aufgabe, Theater als Mittel und als Methode weiter zu entwickeln. In den vergangenen 25 Jahren führte sie eine Vielzahl von Projekten durch. Ob im Theater, Museum, in der Straßenbahn oder anderen ungewöhnlichen Spielorten, ob mit professionellen Akteuren oder Experten des Alltags, hat sich die Theaterwerkstatt Heidelberg ästhetisches Forschen zur Aufgabe gestellt. Neben diversen dokumentarischen Spielarten, hat sie seit den 90er Jahren vielfältige Theaterformate auch in Museen inszeniert. Seit 1999 bespielt sie zusätzlich ihre eigene Bühne in Heidelberg, die vor allem mit ihren besonderen, inklusiven und spartenübergreifenden Themen besticht. Des Weiteren ist die Theaterwerkstatt Heidelberg als theaterpädagogische Bildungsinstitution weit über die Grenzen Deutschlands bekannt.

Übungen zur Vorbereitung

1. Sortierübung

Aufgabe:

Dauer 10 Minuten

Die Kriterien für eine Einbürgerung in der Weimarer Republik wurden mit den Jahren immer subjektiver. Beurteilungen wie beispielsweise *wertvoll/schädlich*, *wesensfremd/wesensdeutsch* wurden Entscheidungen zugrunde gelegt. Die Übung zielt darauf ab, die Schüler für die Objektivität von Auswahlkriterien zu sensibilisieren.

Bitte Sie die Schüler zunächst, sich der Größe nach sortiert in einer Reihe aufzustellen: „Der Größte links, der Kleinste rechts.“ Als nächste Sortierung ist die Größe der Handfläche ausschlaggebend. Der Lehrer bittet die Schüler, Ihre Handflächen zu vergleichen (anfassen!) und sich entsprechend in einer Reihe zu sortieren. Weitere Kriterien können sein:

- die Länge der Haare
- die hellste/dunkelste Augenfarbe
- die hellste/dunkelste Hose

Sie geben die ersten Auswahlkriterien für die Sortierung vor, später dürfen die Schüler selbst Kriterien bestimmen. Achten Sie darauf, dass Sie mit absolut objektiv überprüfbaren Kriterien wie Größe/Alter etc. beginnen. Dann geht es über zu Kriterien, die bereits eine subjektive Interpretation zulassen (Länge der Haare, hellste/dunkelste Hose) Gegen Ende der Übung können immer subjektivere Kriterien gewählt werden. **Wichtig ist, dass ein Schüler bestimmt wird, der das jeweilige Ergebnis überprüft.**

Lässt es eine wertschätzende Stimmung in der Klasse zu, können auch Kriterien wie „wer ist am deutschesten angezogen?“ (was ist überhaupt deutsche Kleidung?) oder „wer erfüllt vom Aussehen her am meisten ein deutsches Stereotyp?“ überprüft werden.

Sprechen Sie mit Ihren Schülern darüber, dass begriffe wie „lästige Ausländer“ auch im allgemeinen Kontext ihrer Zeit gesehen werden müssen. So bewirkten beispielsweise auch die USA mit dem Johnson-Reed Act von 1924 die Begrenzung der Einwanderung von sog. "lästigen Ausländern"

2. Spielpraktische Übung

Aufgabe:

Dauer: 7 Minuten

Der Antisemitismus war zu Beginn der Weimarer Republik bereits sehr ausgeprägt. Für die schlechte wirtschaftliche Lage nach dem Krieg wurden Schuldige gesucht und nicht selten bei der ostjüdischen Bevölkerung ausgemacht.

Für diese Übung brauchen Sie mindestens eine freie Fläche, auf der alle Schüler stehen können, ohne sich dabei mit jeweils ausgestreckten Armen zu berühren.

Diese Übung zielt darauf ab, die Schüler für die Dynamik von Ausgrenzung zu sensibilisieren. Die Übung ist heikel in der Durchführung. Gibt es ein Mobbingthema in der Klasse, ist von dieser Übung ggf. abzuraten.

- 1) Bitten Sie die Schüler, sich gleichmäßig auf der freien Fläche zu verteilen. Stehen alle, warten Sie, bis absolute Ruhe eingetreten ist. Nun bitten Sie die Schüler, im mittleren Geh-Tempo auf der freien Fläche herumzulaufen. Stellen Sie dabei folgende Regeln auf:
 - Keiner spricht
 - Keiner berührt einen Anderen
 - Kein Augenkontakt
 - Jeder geht seinen eigenen Weg, kein Schüler läuft einem anderen hinterher
 - Die Gruppe insgesamt läuft nicht im Kreis

Lassen Sie die Schüler zunächst etwa 1 Minute in Stille gehen.

- 2) Nun stellen Sie eine neue Regel auf: Alle gehen und **Jeder** aus der Gruppe darf plötzlich stehenbleiben und auf einen beliebigen Mitschüler zeigen und rufen: „Ich war’s nicht, der war’s!“ Der Rest der Gruppe fällt sofort mit ein, bedrängt den Ausgewählten mit dem Zeigefinger und ruft laut: „der war’s!, der war’s!“ Wiederholen Sie die Übung einige Male.

Sprechen Sie mit Ihren Schülern darüber, wie es sich **anfühlt**, in der Gruppe auf einen Einzelnen zu zeigen. Wie fühlt es sich an, wenn alle auf Einen zeigen. Welche Gefühle beobachten die Schüler bei sich, kurz bevor jemand auf einen Mitschüler zeigt und somit die Stille durchbricht. Welche Dynamik wird insgesamt bei Ausgrenzung sichtbar?

3. Einbürgerungstest

Aufgabe:

- 1) Überprüfen Sie mit Ihren Schülern anhand der Texte unten, ob nach dem Einbürgerungsgesetz von 1913 sowie den ergänzenden Ausführungen des badischen Innenministeriums von 1920 bei Ihnen in der Klasse alle Mitschüler die Bedingungen für eine Einbürgerung bzw. ein Bleiberecht erfüllen würden.
- 2) Prüfen Sie die beiden folgenden Einbürgerungsanträge und deren jeweiligen Rückmeldungen der zuständigen Polizeibehörde von Jakob Neger (1921) und Osias Hackel (1928) darauf, ob sie zur Einbürgerung zugelassen werden müssen. Beachten Sie, ob Sie mit Ihren Schülern unter Anwendung ausschließlich des Einbürgerungsgesetzes von 1913 zu einem anderen Ergebnis kommen, als unter den ergänzenden Ausführungen von 1920.

Auszug aus dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

§ 1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat [...] oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit [...] besitzt.

§ 8. Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig ist oder nach den deutschen Gesetzen unbeschränkt geschäftsfähig sein würde [...]
2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,
3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

§ 9. Die Einbürgerung in einen Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet der Bundesrat.

Ministerium des Innern. (Baden)
Karlsruhe, den 20. Dezember 1920.

Ausführung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (von 1913) betreffend

An die Bezirksämter.

Im Reichsministerium des Innern hat vor einiger Zeit eine Besprechung von Vertretern der Länderregierungen mit dem Zwecke stattgefunden, gewisse Einbürgerungsgrundsätze auszustellen, [...]
Das bevölkerungspolitische Interesse des Reichs und der Länder ist darauf gerichtet, in die Reichs- und Staatsangehörigkeit nur Personen aufzunehmen, die in staatsbürgerlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht einen wertvollen Bevölkerungszuwachs darstellen. Sorgfältige Auswahl der dauernd in die Volksgemeinschaft Aufzunehmenden und die Fernhaltung von Schädlingen ist in der Zeit des Wiederaufbaus in besonderem Masse notwendig. Sie ist gerade jetzt umso leichter durchführbar, da irgend welches Interesse an einer Vermehrung der Bevölkerungsziffer in der gegenwärtigen Lage des Reichs insbesondere im Hinblick auf den Mangel an Wohnungen, an Nahrungsmitteln und an Arbeitsgelegenheit, nicht besteht. [...]

I. Allgemein

1) Die negative Feststellung, wonach keine Bedenken gegen den Antragsteller vorliegen, oder Nachteiliges über ihn nicht bekannt geworden sei, ist keineswegs als ausreichend zur Rechtfertigung der Einbürgerung anzusehen. Es bedarf vielmehr der Feststellung von Tatsachen, aus denen positiv auf das Vorliegen einer mit den deutschen staatsbürgerlichen Interessen solidarische Gesinnung oder auf den dauernden Willen zur getreulichen Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten – auch im Widerstreit mit den Interessen des Auslandes – geschlossen werden kann.

Am ersten wird die Gewähr hierfür bei ehemaligen Reichsangehörigen als gegeben angenommen werden können [...]. Auch von deutschstämmigen Ausländern, die selbst die Reichsangehörigkeit nicht besessen haben kann das gleiche gelten, falls sie im Ausland deutsche Gesinnung und Eigenart bewahrt haben. [...]

2) Ein Einbürgerungsantrag soll in der Regel nur dann genehmigt werden, wenn der fremdstämmige Antragsteller eine mindestens 10jährige Niederlassungsdauer im Inland nachweisen kann, wobei die letzten Jahre der Frist zusammenhängend in Deutschland zugebracht sein müssen. [...]

3) [...] Das Reichsinteresse gebietet [...] die Fernhaltung solcher Ausländer aus der Reichsangehörigkeit, von denen die Steigerung politischer Gefahren zu erwarten steht [...]

4) Die kulturellen Interessen des Reiches gebieten Einbürgerungsanträge aus denjenigen Staaten, deren Angehörige im grossen und ganzen einer der deutschen nicht gleichwertigen oder doch völlig fremden Kultur entstammen, besonders sorgfältig zu prüfen. [...] die fortbestehende Neigung der Angehörigen der Oststaaten zur Einwanderung nach Deutschland

erfordern besondere Aufmerksamkeit in dieser Hinsicht, um eine allmähliche Durchdringung der deutschen Kultur mit wesensfremden, der Aufrechterhaltung der deutschen Eigenart schädlichen Elemente zu verhindern.

[...] Die badische Regierung steht in Übereinstimmung mit der preussischen Regierung auf dem Standpunkt, dass Einbürgerungsanträge von Angehörigen der Oststaaten nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln sind, wie die anderer Ausländer. Dies schliesst nicht aus, dass gegenüber fremdstämmigen Angehörigen der Oststaaten, unter denen sich vielfach unerwünschte Elemente befinden, besondere Vorsicht beobachtet wird.
[...]

5) Die Mindestanforderung in wirtschaftlicher Beziehung [...] ist, dass der Antragsteller sich und die Seinigen durch redlichen Erwerb ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu unterhalten vermag. [...] und die Einbürgerung nicht zu dem Zweck nachgesucht wird, um zum Nachteil des deutschen Wirtschaftslebens private Vorteile zu erreichen.

II. Einzelfragen

[...]
Nach § 12 des R.u.St A.Ges. steht einem Ausländer, der mindestens 1 Jahr wie ein Deutscher im Heere oder bei der Marine aktiv gedient hat, der Anspruch auf Einbürgerung zu. [...]

(Badisches Ministerium des Innern an die Bezirksämter bezüglich Anwendung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Januar 1920, Generallandesarchiv Karlsruhe 236, 29.551)

Der Fall Jakob Neger

Jakob Neger (Jakob Neger: Bitte um Aufnahme in den badischen Staatsverband)

Karlsruhe, 17. Juni 1921

Betr. Neutralisierung

Hierdurch erlaube ich mir Sie höfl. zu bitten, mich in den Bad. Staatsverband aufnehmen zu wollen.

Ich befinde mich seit 28 Jahren ununterbrochen in Deutschland, war 2 Mal im Felde, und unter dem deutschen Heere in den Karpaten, woselbst ich verwundet wurde. Meine Kinder sind alle in Deutschland in Leipzig geboren.

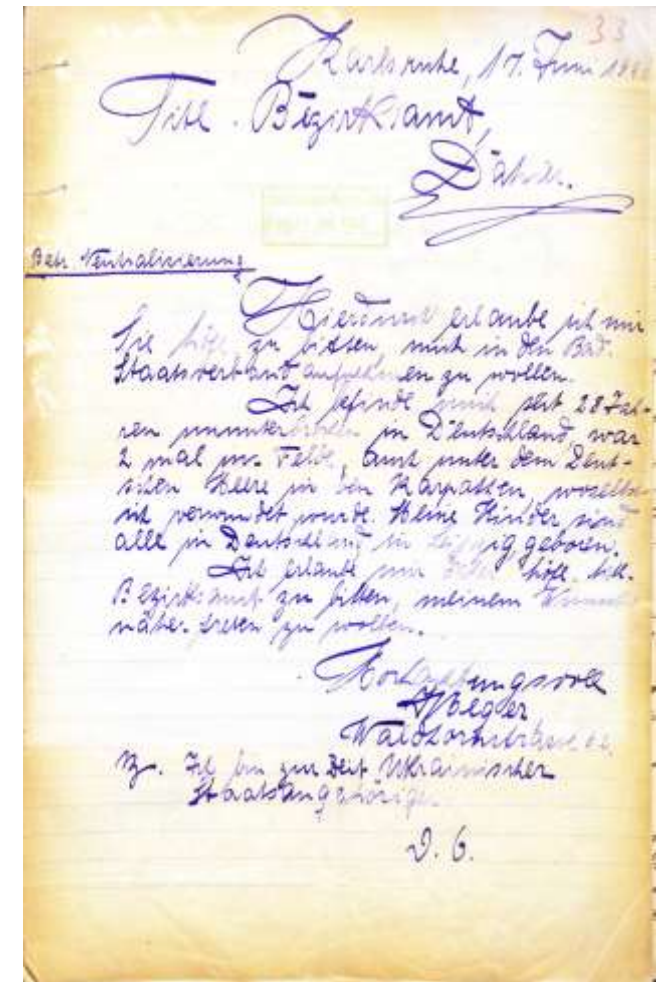
Ich erlaube mir daher höfl. [?] Bezirksamt zu bitten, meinen Wunsche näher treten zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. Neger

Ich bin zurzeit Ukrainischer Staatsangehöriger.

(Einbürgerungsgesuch von Jakob Neger vom 17.6.1921, Stadtarchiv Karlsruhe 6/BZA 9494)



Einbürgerungsgesuch von Jakob Neger vom 17.6.1921

Karlsruhe, 24. Juni 1921 (Meldung des Polizeikommissars)

Meldung

Der Gesuchsteller Jakob Neger, wohnhaft Waldhornstraße 62 II hier hat die Genehmigung zum Handel mit Woll- und Stoffwaren [...]

Gesuchsteller ist in der Lage, sich und die seinigen durch redlichen Erwerb ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, zu unterhalten. Die Familie Neger genießt einen guten Leumund. Die Einbürgerung beantragt Neger deshalb, weil er nicht Ukrainer sein will. Während er sich früher als Oesterreicher stets als Verbündeter Deutschlands gefühlt und aus diesem Grunde seine Einbürgerung nicht schon früher beantragt hat. Auch möchte er erreichen, daß seine Kinder hier eine Heimat haben. Es ist nicht anzunehmen, daß Neger lediglich private Vorteile erreichen möchte, da er auch schon Handelsgenehmigung hat. Während des 22 jährigen Aufenthalts haben sich die Eheleute Neger vollständig deutsches Wesen angeeignet und sind sich ihrer öffentlich rechtlichen Pflichten gegen Reich, Länder und Gemeinden auch bewußt. Deren Kinder sind sämtlich in Deutschland geboren und von Deutschen nicht zu unterscheiden. In den Schulen sind sie beliebt und es haben alle sehr gute Zeugnisse. [...]

Als Auskunftsperson nennt Neger seinen Hausbesitzer Kaufmann Jonas Poritzky, Waldhornstr. 62, welcher erklärt:

„Neger wohnt seit 4/7 [?] Jahren bei mir im Hause und ich kann ihn und seine Familie in jeder Hinsicht das beste Zeugnis ausstellen. Insbesondere war und ist der Ehemann Neger ein großer Anhänger Deutschlands. Während des Krieges war er in der oesterreichischen Armee fast immer an der Seite deutscher Truppen und als er nach seinen erlittenen zwei Verwundungen Urlaub zu seiner Familie erhielt, konnte er nicht genug die deutschen Leistungen loben was er jetzt noch bei jeder Gelegenheit tut.“

Nach dem bisherigen Auftreten des Gesuchstellers ist von ihm keine staatsfeindliche oder die wirtschaftlichen Interessen des Landes oder des Reiches schädigende Haltung zu erwarten, sodaß mit der Einbürgerung keine Steigerung der politischen Gefahr innerhalb des Reichsgebietes verbunden sein wird.

Büche, Polizeikommissar

(Meldung des Polizeikommissars Büche über Jakob Neger vom 24. Juni 1921, Stadtarchiv Karlsruhe 6/BZA 9494)

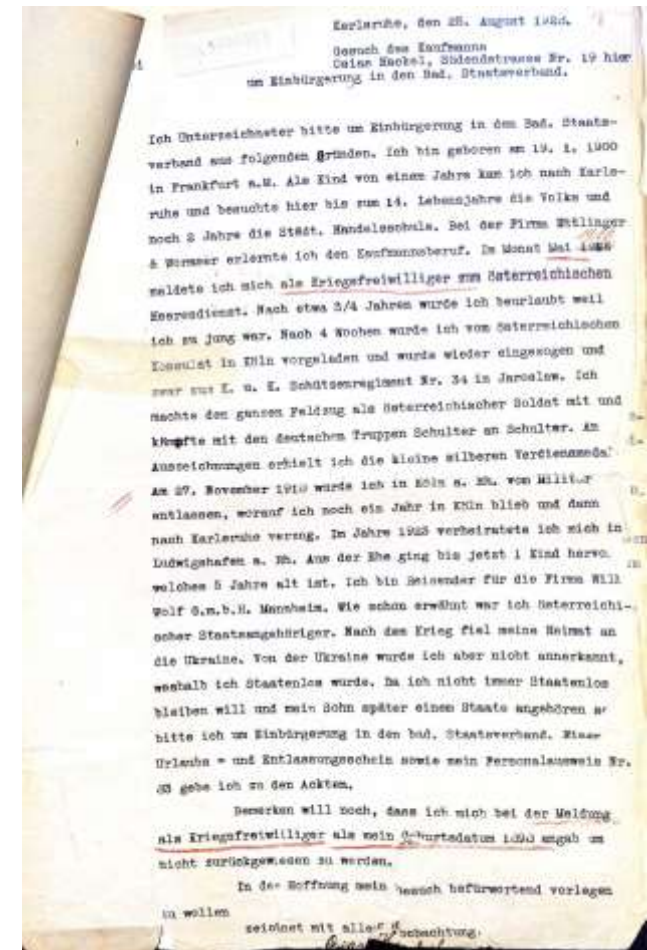
Der Fall Osias Hackel

Karlsruhe, den 25. August 1928

Gesuch des Kaufmanns Osias Hackel, Südenstrasse Nr. 19 hier um Einbürgerung in den Bad. Staatsverband

Ich Unterzeichneter bitte um Einbürgerung in den Bad. Staatsverband aus folgenden Gründen. Ich bin geboren am 19. 1. 1900 in Frankfurt a. M. Als Kind von einem Jahre kam ich nach Karlsruhe und besuchte hier bis zum 14. Lebensjahr die Volks und noch 2 Jahre die Städt. Handelsschule. Bei der Firma Ettlinger & Wormser erlernte ich den Kaufmannsberuf. Im Monat Mai 1916 meldete ich mich als Kriegsfreiwilliger zum österreichischen Heeresdienst. Nach etwa 3/4 Jahren wurde ich beurlaubt weil ich zu jung war. Nach 4 Wochen wurde ich vom österreichischen Konsulat in Köln vorgeladen und wurde wieder eingezogen und zwar zum K. und K. Schützenregimente Nr. 34 in Jaroslaw. Ich machte den ganzen Feldzug als österreichischer Soldat mit und kämpfte mit den deutschen Truppen Schulter an Schulter. An Auszeichnungen erhielt ich die kleine silberne Verdienstmedaille. Am 27. November wurde ich in Köln a. Rh. vom Militär entlassen, worauf ich noch ein Jahr in Köln blieb und danach Karlsruhe verzog. Im Jahr 1923 verheiratete ich mich in Ludwigshafen a. Rh. Aus der Ehe ging bis jetzt 1 Kind hervor welches 5 Jahre alt ist. Ich bin Reisender für die Firma Wil[helm?] Wolf G.m.b.H. Mannheim. Wie schon erwähnt war ich österreichischer Staatsangehöriger. Nach dem Krieg fiel meine Heimat an die Ukraine. Von der Ukraine wurde ich aber nicht anerkannt, weshalb ich staatenlos wurde. Da ich nicht staatenlos bleiben will und mein Sohn später einem Staat angehören soll bitte ich um Einbürgerung in den bad. Staatsverband. [...] Bemerken will noch, dass ich mich bei der Meldung als Kriegsfreiwilliger als mein Geburtsdatum 1898 angab um nicht zurückgewiesen zu werden. In der Hoffnung mein Gesuch befürwortend vorlegen zu wollen, zeichnet mit aller Hochachtung
Osias Hackel

(Einbürgerungsantrag von Osias Hackel vom 25. August 1928, Stadtarchiv Karlsruhe 6/BZA 4971)



Antrag Osias Hackel vom 25.8.1928

Karlsruhe, den 20. September 1928.
Meldung des Polizeikommissars

Gesuchsteller ist von Beruf Kaufmann und ist z. Zt. bei der Firma Wolf in Mannheim in Stellung. Er hat [...] einen Sohn im Alter von 6 Jahren. Durch sein Einkommen [...] ist er in der Lage sich und seine Familie durch redlichen Erwerb ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu unterhalten. Gesuchsteller war Österreicher. Durch den Krieg ist sein Heimatort Rußland zugefallen, welcher z. Zt. von Polen besetzt ist und ist Hackel z. Zt. staatenlos. Die Einbürgerung wird beantragt, weil Gesuchsteller sich seit seiner Geburt in Deutschland aufhält, Deutsche Schulen besucht und vollständig deutsch eingestellt ist, nicht aber um lediglich private Vorteile zu erringen. Gegen den Gesuchsteller ist im V. Polizei-Revier nichts Nachteiliges bekannt geworden, auch hat er sich in politischer Beziehung nicht bemerkbar gemacht. Nach seiner bisherigen Lebensführung und Charakter des Antragstellers läßt er ausreichend Verständnis für deutsches Wesen und für seine öffentlich-rechtlichen Pflichten gegen Reich, Länder und Gemeinden erkennen. Auch ist von dem Gesuchsteller ein staatsfeindliches oder die wirtschaftl. Interessen des Landes oder des Reiches schädigende Haltung nicht zu erwarten, so daß mit der Einbürgerung eine Steigerung der politischen Gefahren innerhalb des Reichsgebiets verbunden sein wird. Als vertrauenswürdige Person mit der er nicht in Geschäftsverbindung steht nicht verwandt ist, gibt er den Prokuristen Wilhelm Walker [...] an.

Walker gab an:

„Ich kenne den Gesuchsteller schon längere Zeit. Bis jetzt habe ich noch keine Wahrnehmung gemacht, daß Hackel sich in politischer Beziehung betätige. Auch ist mir bekannt, daß er Kriegsfreiwilliger war. Ich kann daher nur angeben, daß seine Gesinnung zu Deutschland einwandfrei ist.“

[Unterschrift] Polizei-Kom.

(Meldung eines Polizeikommissars über Osias Hackel, Stadtarchiv Karlsruhe 6/BZA 4971)

Fragestellungen zur Nachbereitung

Aufgabe:

Diskutieren Sie mit Ihren Schülern folgende Fragen:

Welche Parallelen speziell zur heutigen Situation der Flüchtlingskrise in Deutschland und in Europa könnt Ihr ziehen?

Wie agieren derzeit die deutsche Politik, die Presse und die Bevölkerung auf diese Herausforderung?

Welche Parallelen zur damaligen politischen und gesellschaftlichen Situation im Allgemeinen könnt Ihr in der gegenwärtigen Situation finden? Welche Auswirkungen auf die Parteienlandschaft in Deutschland und Europa beobachtet Ihr?

Wie agieren andere Länder in Europa im Vergleich zu Deutschland?

Zeitleiste Weimarer Republik

- 1918** Ende Oktober soll die deutsche Flotte zu einer letzten Schlacht gegen die britische Seemacht auslaufen. Der Erste Weltkrieg war für das Deutsche Reich bereits verloren, Waffenstillstandsverhandlungen liefen. In Kiel und Wilhelmshaven kommt es zu Meutereien und Aufständen gegen das Himmelfahrtskommando – die „Kieler Matrosenaufstände“ treten eine revolutionäre Welle los.
- 9.11. Doppelausrufung der Republik: Der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündet die Abdankung Kaiser Wilhelms II. Prinz Max von Baden übergibt sein Amt an Friedrich Ebert (SPD). Philipp Scheidemann ruft um 14 Uhr in Berlin die "Deutsche Republik" aus. Zwei Stunden später ruft Karl Liebknecht als Vertreter der Spartakisten eine sozialistische Räterepublik nach sowjetischem Vorbild aus. Der Zusammenbruch der Monarchie wird begleitet von teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen linksradikalen und gemäßigt-demokratischen Kräften.
- 11.11. **Frieden von Compiègne.** Besiegelung des Waffenstillstands an allen Fronten - der Krieg ist beendet.
- 1919** Januar Bei revolutionären Unruhen in Berlin werden die Führer des kommunistischen Spartakusbundes, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von rechten Freikorps-Offizieren verhaftet und in der Gefangenschaft ermordet.
- 19.1. Wahlen zur Nationalversammlung: Die SPD wird mit 38 % stärkste Partei und bildet zusammen mit dem katholischen Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) die »Weimarer Koalition«.
- 11.2. Wahl Friedrich Eberts (SPD) zum ersten Reichspräsidenten
- 28.6. "**Versailler Friedensvertrag**": Durch den Versailler Friedensvertrag erleidet Deutschland erhebliche Gebietsverluste. Dem Deutschen Reich wird die alleinige Kriegsschuld zugesprochen und muss hohe Reparationsleistungen zahlen. Insbesondere der Kriegsschuldparagraph belastet die junge Republik..
- 14.8. Die von der Weimarer Nationalversammlung beschlossene demokratische Verfassung tritt in Kraft.
- 1920** 13.-16.3. der rechtsgerichtete **Kapp-Putsch**, angeführt von einer Gruppe aus Reichswehroffizieren und Freikorps-Angehörigen, wird durch einen Generalstreik der Gewerkschaften und Beamten niedergeschlagen.
- 1922** 16.4. Abschluss des "**Rapallo-Vertrags**" zwischen Deutschland und der Sowjetunion: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, Handelsabkommen, gegenseitiger Verzicht auf Kriegsentschädigungen.

24.6. Der liberale und jüdische Minister Walter Rathenau wird von der antisemitischen „Organisation Consul“ ermordet.

1922/23 Wirtschaftskrise und Hyper-Inflation in Deutschland. Die Alliierten bestehen dennoch auf die im Versailler Vertrag festgesetzten Reparationen, Deutschland ist außerstande, diese zu erbringen.

1923 11.1. **Ruhrbesetzung** Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, um gewaltsam deutsche Reparationsleistungen einzutreiben; Reichskanzler Cuno fordert das Volk zu passivem Widerstand auf. Im September bricht Reichskanzler Gustav Stresemann den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung ab und verhängt den Ausnahmezustand; die linksradikalen Regierungen Sachsens und Thüringens sowie die reaktionäre politische Führung Bayerns erkennen die Beschlüsse der Berliner Reichsregierung nicht an, General von Seeckt zerschlägt mit der Reichswehr die kommunistischen Aufstände

23.10. Währungsreform. Die Einführung der Rentenmark beendet die galoppierende Inflation des Jahres 1923.

9.11. Hitler-Putsch in München. Mit der Unterstützung von Teilen der bayerischen Landesregierung und des ehemaligen Generals Ludendorff versucht Adolf Hitler, die Macht in Deutschland zu übernehmen. Der Putsch scheitert, die NSDAP wird verboten, Hitler und weitere Putschisten inhaftiert. Während der kurzen Festungshaft in Landsberg schreibt Hitler sein politisches Manifest „Mein Kampf“.

1924 29.08. **Dawes-Plan.** Eine neue Regelung der Reparationszahlungen soll Deutschland entlasten, was trotzdem zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt.

1925 28.02. Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert

26.04. Von Hindenburg, ehemaliger kaiserlicher Generalfeldmarschall, Leiter der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg und überzeugter Monarchist wird als Kandidat der konservativen und rechten Parteien zum neuen Reichspräsident gewählt.

5.-16.10. **Verträge von Locarno:** Außenminister Stresemann schließt mit den Siegermächten einen Vertrag über die Unverletzlichkeit der bestehenden Westgrenzen, erreicht aber immer noch keine Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen; Dennoch werden die Beziehungen zu Frankreich deutlich verbessert. Die rechte Opposition läuft Sturm gegen diese Preisgabe deutscher Gebietsansprüche.

1926 10.09. Das Deutsche Reich tritt dem Völkerbund bei.

- 1928** 20.5. Erster nennenswerter Wahlerfolg der NSDAP: die Partei erzielt bei Reichstagswahlen 2,6% und zieht mit 12 Abgeordneten in den Reichstag ein.
- 1929** 25.10. Zusammenbruch der New Yorker Börse. Der "**Schwarze Freitag**" und die darauffolgende Weltwirtschaftskrise treffen auch Deutschland schwer: Massenarbeitslosigkeit, Konkurse, Preisverfall. Viele Firmen und Banken brechen zusammen, die Arbeitslosigkeit steigt von 1,6 Millionen bis Anfang 1933 auf über 6 Millionen an.
- 1930** 29.3. Präsident von Hindenburg ernennt den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum Reichskanzler, Brüning regiert ohne Parlamentsmehrheit nur gestützt auf Verordnungen des Reichspräsidenten(Präsidialkabinett).
- 14.9. Bei der Reichstagswahl wächst die Zahl der NSDAP-Abgeordneten von 12 auf 107 (18,3%) an, die der Kommunisten von 54 auf 77 (13,1%) - noch haben die demokratischen Parteien zusammen eine Mehrheit im Volk.
- 1932** 10.04. Wiederwahl von Hindenburgs, diesmal auch als Kandidat der SPD der demokratischen Parteien. Nach einer Stichwahl gegen Hitler, den Kandidaten der deutschnationalen Parteien und der NSDAP gewinnt von Hindenburg mit 53%. Hitler kommt auf 36,8%.
- 30.05. Nach einer Vertrauenskrise wird Brüning vom Reichspräsidenten entlassen und der rechtskonservative Zentrums-Abgeordnete Franz von Papen mit dem Amt des Reichskanzlers betraut.
- 31.7. Die Reichstagswahlen bringen das bislang höchste Ergebnis für die NSDAP. Sie wird mit 230 Abgeordneten und 37,8% zur stärksten Partei. Hermann Göring als Vertreter der größten Fraktion wird Parlamentspräsident; es besteht keine regierungsfähige Mehrheit mehr für die staatstragenden Parteien.
- Juli bis November: Hitler fordert von von Hindenburg den Regierungsauftrag, wird aber abgewiesen; von Papen regiert weiter, doch erleidet im September eine verheerende Niederlage in einer Vertrauensabstimmung, woraufhin der Präsident den Reichstag sofort auflöst, damit von Papen im Amt bleiben kann; bei der Neuwahl im November verliert Hitler 4 Millionen Stimmen, die NSDAP bleibt dennoch stärkste Partei mit 196 Abgeordneten (33,1%). Nach dem endgültigen Scheitern von Papens ernennt Hindenburg im Dezember den parteilosen General Kurt von Schleicher zum Reichskanzler, der das Ziel verfolgt, den Nationalsozialisten durch ein massenhaftes Arbeitsbeschaffungsprogramm den Wind aus den Segeln zu nehmen oder sie zu spalten.
- 1933** 30.1. Nach Rücktritt von von Schleicher ernennt Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die Machtübergabe der konservativen Kräfte an die Nationalsozialisten besiegelt das Ende der Weimarer Republik.

Literaturtipps

Steffen, Nils/Arendes, Cord (Hrsg.): Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben. Osteuropäische Juden in der Republik Baden (1918-1923), Heidelberg 2016 (i.E.).

Allgemeine Einführungen zur Geschichte der Weimarer Republik:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Weimarer Republik (Informationen zur politischen Bildung Nr. 261), Bonn überarb. Neuauflage 2011.

Kolb, Eberhard: Deutschland 1918-1933. Eine Geschichte der Weimarer Republik, München 2010.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), München 2013.

Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987.

Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 58). Politik und Gesellschaft, München 2008.

Flüchtlinge und Ausländer in der Weimarer Republik:

Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland. 1918-1933 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 12), Hamburg 1986.

Sammartino, Annemarie: Deportation and the Failure of Foreigner Control in the Weimar Republic, in: The Social, Political and Historical Contours of Deportation, hrsg. v. Bridget Anderson/Matthew J. Gibney/Emanuela Paoletti (Immigrants and Minorities, Politics and Policy, Bd. 2), New York 2013, S. 25-41.

Sammartino, Annemarie: The Impossible Border. Germany and the East, 1914-1922, Ithaca 2010.

Sigrid Dauks, Siegrid/Eva Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.): Grund der Ausweisung: Lästiger Ausländer. Ausweisungen aus Bremen in den 1920er Jahren, Bremen 2007.

Migrationsgeschichte:

Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, hrsg. v. Jochen Oltmer, Berlin/Boston 2016.

Heizmann, Kristina: Fremd in der Fremde. Die Geschichte des Flüchtlings in Großbritannien und Deutschland 1880-1925, Konstanz 2015. URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-0-294538>.

Marrus, Michael Robert: Die Unerwünschten – The Unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert, Berlin/Göttingen/Hamburg 1999.

Oltmer, Jochen: Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005.

Reinecke, Christiane: Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880-1930 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 68), München 2010.